

QUEERAMNESTY

RUNDBRIEF DER DEUTSCH-
SPRACHIGEN AMNESTY
INTERNATIONAL-LGBT-GRUPPEN
AUSGABE NR. 46/WINTER 2012/13

AMNESTY
INTERNATIONAL



Justice
for
Noxolo

Justice für Noxolo © Amnesty International

VERBRECHEN AUS HASS

v.l.n.r.: Bontle Khalo, Simon Dzanibe, Mtsupe Mohapi (EPOC) mit Solidaritätsbannern und -karten für die Justiz für Noxolo Kampagne

Südafrika, April 2011. Die Leiche von Noxolo Nogwasa, LGBT-Aktivistin und Mitglied des Ekurhuleni Pride Organising Committee (EPOC), wird in einer Seitenstraße der Township von KwaThema nahe Springs gefunden, einer an Johannesburg angrenzenden Industriestadt. Nachdem sie abends mit ihren Freunden ausgegangen war, befand sie sich auf dem Weg nach Hause, als sie angegriffen, vergewaltigt, niedergestochen und wiederholt geschlagen wurde, bevor ihr Körper später in einen Abwasserkanal geworfen wurde. Ihr Gesicht wurde so verstümmelt, dass sie nicht mehr zu erkennen war. Wegen ihrer sexuellen Orientierung starb sie einen grausamen Tod und wurde zu einem weiteren Opfer dessen, was zuweilen als „korrigierende Vergewaltigung“ (corrective rape¹) bezeichnet wird.

In Südafrika kommt es vermehrt zu Diskriminierung, Vergewaltigungen aus Hass² und Folter von Menschen, die nicht den normativen Vorstellungen von Geschlechterrolle oder sexueller Orientierung entsprechen. Während es keine offiziellen Statistiken zu Verbrechen aus Hass (hate crimes) an Lesben gibt, so sind doch genug Vorfälle öffentlich bekannt geworden, um auf breiter Front Alarm zu schlagen. Homophobes und transphobes Verhalten ist weit verbreitet und das Leben vieler lesbischer, schwuler, bisexueller, transgender und intersexueller (LGBTI) Menschen endet tragisch aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. In einigen Gegenden, insbesondere in den Townships, wird man als Lesbe wie ein Tier behandelt. Den Angaben von Bontle Khalo (der Sprecherin von EPOC) zufolge, sind jeden Monat bis zu 10 Opfer von Vergewaltigungen aus Hass³ an Lesben zu beklagen. Das sind jedoch nur die bekannt gewordenen Fälle. Gewalt und sexueller Missbrauch sind Themen, die noch immer tabuisiert und in der Gesellschaft verschwiegen werden und oft hinter verschlossenen Türen stattfinden. Die erste Reaktion auf Vergewaltigungen aus Hass ist darum Gleichgültigkeit.

SEXUALITÄT IN EINER VERSCHLOSSENEN GESELLSCHAFT

Südafrika ist trotz seiner liberalen Verfassung, die die sexuelle Orientierung schützt, ein konservatives und religiöses Land, in dem moralistische Werte und Traditionen tief verwurzelt sind. Diese moralisch konservative Weltanschauung wird dazu genutzt, um

sexuelle Handlungen im Rahmen ehelicher Beziehungen zu halten, in denen Geschlechterrollen scharf voneinander abgegrenzt sind. In fast allen Gemeinschaften beeinflusst die protestantisch-calvinistische Erziehung in Verbindung mit dem traditionellen afrikanischen Tribalismus stark die Vorstellungen von Sexualität, Geschlechtsverkehr und Männlichkeit. Homosexualität wird entweder still geduldet oder offen bekämpft und häufig werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung angegriffen oder ermordet.

Viele Forscher⁴ stellen eine Beziehung zwischen diesen sozialen Problemen und der Vergangenheit Südafrikas her. Während der Apartheid war die Überwachung der Sexualität äußerst streng. Es herrschte der Glaube vor (bis heute), dass Homosexualität eine Sünde ist und Gott diejenigen bestraft, die die Grenzen der „moralischen“ Ordnung überschreiten⁵. In Townships findet sich unter schwarzen Männern die weit verbreitete Vorstellung, dass „es mein kulturelles Recht ist, Sex mit einer Frau zu haben“. Diese Einstellung der Männer gegenüber Frauen hat direkten Einfluss auf lesbische Frauen: Männer glauben, es sei ihr Recht zu entscheiden, was Frauen möchten, und insbesondere Lesbischsein (das als „schändliche Krankheit aus dem Westen“ wahrgenommen wird) besiegt und ausgelöscht werden müsse.

MÄNNLICHKEIT IN SÜDAFRIKA

Die Politik der Apartheid, insbesondere das „Gesetz gegen unmoralisches Verhalten“ (Immorality Act) und das „Gesetz gegen Sexualvergehen“ (Sexual Offences Act) zwang nicht nur Homosexuelle, sondern auch Beziehungen zwischen den Rassen zurück in das Versteck (closet). Die Regierung förderte das Bestreben nach gediegener Häuslichkeit unter den normalen Bürgern und war gegen die „Regenbogen-Koalition“ exzentrischer Lebensstile, sodass jeder Mensch, der sich gegenüber den traditionellen christlichen Lehren nicht linientreu verhielt, als potenzielle Gefahr im Sinne eines Zusammenbruchs der traditionellen Standards und Werte gesehen wurde. Männlichkeit verkörpert eine Politik der Macht und ist nicht nur als eine Position der Stärke gegenüber dem eigenen Selbst zu verstehen, sondern auch gegenüber anderen. Die Ausübung von Unterdrückung gegenüber anderen wird als ein Mittel angesehen, um eine bestimmte Form von Männlichkeit zu erreichen. In einigen sozialen Gruppen wird diese Vorstellung häufig von den Vätern auf ihre Söhne übertragen und führt zu einer immer stärkeren Macho-Kultur, die Frauen unterdrückt und sie ausschließlich als sexuelle Wesen ansieht.

Laut der Webseite (<http://www.powa.co.za>) von People Oppressing Women Abuse (POWA) wird geschätzt, dass alle 26 Sekunden eine Frau in Südafrika vergewaltigt wird. Dies deutet auf einen Anstieg von Frauenfeindlichkeit und Gewalt hin; gleichzeitig glauben Männer, dass ein Vergewaltigungsopfer die Erfahrung genossen und den Mann dazu aufgefordert hat, sie zu vergewaltigen. In den meisten Fällen endet Vergewaltigung in Mord! Jene Überlebenden, die nach solchen Vorfällen interviewt wurden, sagten aus, dass sie vor und während der Vergewaltigung beleidigt wurden, wie durch die Bemerkung, dass „es ihnen eine Lehre sein soll“. Daher wird das Leben für Lesben, die sich trauen, die Grenzen zu übertreten – die von Männern, ihren Familien, den Gemeinschaften und der Gesellschaft im Allgemeinen gezogen werden – zu einer gefährlichen Erfahrung.

Es wird deutlich, dass sich die wenigsten Männer in Südafrika von diesen Vorstellungen befreien können. Es ist alarmierend, dass die Mehrheit der Schuldigen, denen eine Vergewaltigung vorgeworfen wird, junge Männer sind, die physisch und psychisch geschädigt sind. Eine Vergewaltigung wird häufig als eine Methode angesehen, um Macht zu gewinnen. Lesbische Frauen werden darum oft zu einer Trophäe für beschädigte männliche Begierde. Das Versagen der Regierung, den von der Verfassung garantierten Schutz sexueller Minderheiten umzusetzen, und ein Justiz- und Strafrechtssystem, das bis jetzt im Prinzip nicht auf das Problem reagiert hat, haben zur Konsequenz, dass Angreifer kaum zur Verantwortung gezogen werden. Es wird nun Zeit, dass die internationale Gemeinschaft die Opfer von Vergewaltigungen aus Hass in Südafrika und den Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten unterstützt.

Nic de Phillip



Photo mit Erlaubnis von Zanele Muholi aus ihrer Ausstellung „Trauer“. Schwerpunkt der Ausstellung ist sog. „korrigierende Vergewaltigung“ (corrective rape) in Südafrika.

Auszüge aus einer Liste ermordeter LGBTI in South Africa. Teil einer Ausstellung.

Künstlerin: Zanele Muholi

Ermordet im Juni 2012:

- Thapelo Makutle (24), schwuler Mann, brutal ermordet in Kuruman, Northern Cape.
- Phumeza Nkolonzi (22), Lesbe, erschossen vor ihrer Großmutter, Cape Town.
- Neil Daniels, transgender Person, ermordet in Cape Town.
- Sanna Supa (28), Lesbe, erschossen in Soweto.
- Sasha Lee Gordon, Trans*-Frau, erstochen in Wynberg.
- Hendrietta Morifi (29), bekannt als Andritha, Lesbe, ermordet.

Dieser Artikel spiegelt die Meinung des Autors wider und nicht unbedingt die von Amnesty International. Dieser Artikel wurde aus Platzgründen gekürzt. Er ist in voller Länge zu lesen auf: www.queeramnesty.de
Foto mit Genehmigung der Künstlerin Zanele Muholi aus ihrer aktuellen Ausstellung „Mourning“ („Trauer“), die sich schwerpunktmäßig der „korrigierenden Vergewaltigung“ in Südafrika widmet. Im April 2012 wurde in Muholis Wohnung in Cape Town eingebrochen – ein Angriff, der sich offenbar gegen ihren visuellen Aktivismus richtete. Bei dem verlorenen Material handelt es sich um ein umfangreiches Archiv von photographischen Arbeiten, Videos und Texten, die Verbrechen aus Hass in Südafrika und Geschlechterthemen in Afrika dokumentieren

- 1 Dem Ratschlag südafrikanischer Gruppen folgend, ist Amnesty mit diesem Ausdruck nicht glücklich – er wird jedoch noch immer von einigen gebraucht. Der Begriff „korrigierende Vergewaltigung“ – corrective rape – wurde in der englischen Version des Textes mehrfach verwendet.
- 2 hate rape, corrective rape or rape
- 3 Die Meinung des Autors u.a. wird hier in gekürzter Fassung wiedergegeben. Der Begriff „Verbrechen aus Hass“ ist umfassender und bezieht „korrigierende Vergewaltigung“ nicht notwendigerweise mit ein. Ich habe Gender-Experten gefragt und sie alle stimmen darin überein, dass sowohl in den Medien als auch in den Polizeidokumenten der Begriff „korrigierende Vergewaltigung“ gebräuchlicher ist, insbesondere für die schlimme Lage lesbischer Frauen, und dass es hier überhaupt keine negative Konnotation gibt.
- 4 z.B. Rachel Homes + Steffen Jensen
- 5 Während der Generalsynode der United Reformed Church von Südafrika im Oktober 2012 hat die Kirche ENDLICH Stellung zu diesem Thema bezogen. Diese Generalsynode der URCSA hat in der Sitzung von Okahandja in Namibia „... mit tiefer Besorgnis und Schock die hohe Zahl an Vorfällen von sogenannten korrigierenden Vergewaltigungen von Frauen lesbischer Orientierung in den Townships Südafrikas zur Kenntnis genommen. Wir nehmen weiterhin zur Kenntnis, dass diese grausame Praktik darüber hinaus von extremer Gewalt gegenüber den Opfern dieser Übergriffe begleitet wird. Diese Kirche erklärt ohne Vorbehalt ihre volle Unterstützung für die Opfer. Wir identifizieren uns mit ihrer schlimmen Lage. Wir weisen diese abscheuliche Praktik vollständig zurück und fordern unsere Gemeinden und Gemeinschaften auf, diese Frauen zu schützen und zu unterstützen.“

HOMOPHOBIE WIRD QUASI LEGALISIERT

BESORGNISERREGENDES HÖRTE MAN IN DEN LETZTEN MONATEN AUS RUSSLAND. WIE IST DIE SITUATION FÜR LGBTI AKTUELL? QUEERAMNESTY FRAGTE NACH BEI WANJA KILBER, AKTIVIST VON QUARTEERA E.V., EINEM VEREIN RUSSISCHER QUEERS IN DEUTSCHLAND (WWW.QUARTEERA.DE). WANJA WAR IM RAHMEN DER PRIDE WEEK BEIM DIESJÄHRIGEN HAMBURGER CSD GAST EINER PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „ZWISCHEN VERFOLGUNG UND SELBSTBESTIMMUNG – DIE MENSCHENRECHTSSITUATION VON LGBTI WELTWEIT“, DIE U.A. VON QUEERAMNESTY HAMBURG PRÄSENTIERT WURDE.

Ist Russland auf dem Weg in eine Diktatur?

Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg in die Diktatur war in Deutschland damals das Verbot von Vereinen. So weit ist es in Russland noch nicht, aber man schränkt die Vereinsrechte enorm ein. Finanzielle Unterstützung aus dem Ausland kann zwar weiter bezogen werden, man muss sich aber als „ausländischer Agent“ registrieren lassen und sich einem gesonderten Berichts- und Kontrollsystem unterwerfen.¹ Das sind sehr Besorgnis erregende Zeichen. Andererseits entwickelt sich auch gerade eine starke Protestbewegung.

Dann kann man der ersten Situation auch etwas Positives abgewinnen?

Ein Protestbewusstsein hatte Russland bisher nicht. Das hat es nicht gelernt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion waren die demokratischen Strukturen unterentwickelt und wurden zudem auch sehr schnell wieder beschnitten. Insofern ist diese Protestbewegung ein erster Versuch, demokratische Strukturen zu entwickeln. Man versucht sich selber zu organisieren, durch Fundraising Gelder aus eigenen Quellen zu sammeln. Das ist alles

sehr spannend. Man ist noch unsicher, aber wir brauchen diese Entwicklung, um wirklich zu wachsen, um demokratisch zu werden.

Das muss von innen aus dem Land selber kommen?

Ja. Und so geht es auch den Schwulen, Lesben und Transgendern in Russland. Der §121 (Pendant zum deutschen §175) wurde damals von Jelzin klammheimlich abgeschafft, um in den Europarat aufgenommen zu werden. Aber das war kein von der Community erkämpfter Sieg. Bis heute glaubt ein Drittel der Russen, dass Homosexualität eine Krankheit ist, obwohl der Tatbestand auch in Russland 1996 abgeschafft wurde.

Ein Mitglied von Pussy-Riot meinte sinngemäß, dass es positiv sei, dass die Leute nun protestieren.

Ja, da findet ein Erwachen statt. Was allerdings auch stattfindet ist eine Teilung der Gesellschaft. Die ist in Sachen Pussy-Riot geteilt und auch was das Anti-Propaganda-Gesetz (Gesetz gegen „Propaganda für Homosexualität und Pädophilie“, Anm. d. Red.) betrifft. Und leider noch nicht zu unseren Gunsten. Man kann schon sagen, dass die Klügsten auf unserer Seite sind, aber die Mehrheit spricht sich für das Anti-Propaganda-Gesetz aus.

Man hört von Bestrebungen, gesetzliche Regelungen auch landesweit zu schaffen.

Das föderale Gesetz ist erst mal auf Eis gelegt. Mittlerweile sind es aber schon 10 Regionen, die das Anti-Propaganda-Gesetz verabschiedet haben. Das Gesetz findet leider eine breite Anerkennung in der Gesellschaft. Da tut sich jeder Politiker hervor, wenn er so einen Gesetzesentwurf einreicht, und macht mit wenig Aufwand Karriere.

Wie wirkt sich eine solche Gesetzgebung auf den Alltag von LGBTIs aus?

Es herrscht eine Atmosphäre des Schweigens. Dazu kommt, dass die Aggression und Homophobie, die es auch vorher schon gab, jetzt quasi legalisiert wird. Die Neonazis fühlen sich mit ihrer Gewalt bestätigt. Sie kämpfen ja für das Rechtmaßige, für den Erhalt der Familie. Dieses Klima ist schon sehr, sehr bedrückend.

Gibt es noch queere Kneipen oder Bars?

Ja, die sind erlaubt, aber das ist ja kein öffentliches Leben. Was nun hinzu kommt ist das Verbot von Demonstrationen. Und die Verdrängung von LGBTI-Themen aus allen Bereichen. So wurde bei einem Filmfest in St. Petersburg ein spanischer Film über zwei Lesben verboten. Das war keine schwul-lesbische Veranstaltung, aber nun wurde dieses „heterosexuelle“ Filmfest auch dieses Themas beraubt.

Das Thema verschwindet einfach aus der Öffentlichkeit?

Einerseits ja, andererseits schreiben viel mehr Menschen darüber. Ich weiß von einem Aktivist, der ein LGBTI-Nachrichtenportal verwaltet, dass seitdem das Gesetz da ist, fünf Mal so viel über LGBTI-Themen geschrieben wird wie vor einem Jahr. Meist sind das aber sehr gute Beiträge – nur nicht, wenn sie aus der Putinschen Propagandafabrik kommen. Dort ist man sich natürlich einig, dass Homosexualität der innere Feind ist und westliche Propaganda, um Russland zu ruinieren. Putin setzt auf das Irrationale: auf die Religion, die Xenophobie und auf den inneren und äußeren Feind. Der äußere Feind ist – allgemein formuliert – „der Westen“.

Von außen betrachtet scheint es manchmal, als gäbe es keine Alternative zu Putin...

Das ist ein Argument, das auch sehr häufig von Putin und seinen Befürwortern gebraucht wird. Wie sollen sich auch Alternativen aufzeigen, wenn er alle Fernsehprogramme kontrolliert, an keinen Debatten teilnimmt und Chodorkowski im Knast sitzt? Im Moment findet in Russland gerade der Versuch statt, die Oppositionskräfte zu vereinen. Das ist ein

Versuch, die Wahlen so durchzuführen, wie es sich eigentlich gehört: mit öffentlichen Debatten auf einem demokratischen Fernsehkanal. Plan ist auch, eine repräsentative Kommission von Oppositionellen zu wählen.

Die soll dann die Opposition nach außen vertreten?

Genau. Und da gibt's ein paar Kandidaten, die auch offen für die Rechte von Lesben und Schwulen eintreten. Wobei sie selber heterosexuell sind. Wie z.B. der Linkskandidat Nikolai Kavkazsky, der seit Juli in Untersuchungshaft sitzt*. Die Menschen sollen Vertrauen gewinnen und sehen, wie es eigentlich ablaufen soll. Weder Putin noch Medwedew haben jemals an politischen Diskussionen teilgenommen, sondern nur Monologe geführt. Oder sie sitzen vor einem Publikum, das nur genehme Fragen stellt.

Es scheint, als ob Russland einen langen Weg zur Demokratie vor sich hätte.

Herzlichen Dank Wanja für das Gespräch!

Interview: Sibylle Weymar, Queeramnesty Hamburg

*mehr über Nikolai Kavkazsky unter www.quarteera.de/news/freenikolaykavkazsky

1 Anm. d. Red.: Das Gesetz betrifft nicht alle NGOs, sondern nur diejenigen, die „politisch“ tätig sind. Praktisch ist davon auszugehen, dass von dem Gesetz vor allem Menschenrechtsorganisationen betroffen sein werden.

FOCUS REFUGEES

Jedes Jahr beantragen viele Menschen Asyl an den Grenzen der Schweiz. Unter ihnen sind auch LGBTI-Menschen, die oft aus ihren Heimatländern fliehen mussten, da sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt, bedroht und/oder diskriminiert wurden. Viele von ihnen wissen nicht, wie die rechtliche Situation hinsichtlich der LGBTI-Thematik hier in der Schweiz ist. Daher haben viele von ihnen Angst, ihre sexuelle Orientierung als Flüchtlingsgrund anzugeben. Doch bei einer späteren Bekanntgabe ihrer wirklichen Fluchtgründe kann dies negative Konsequenzen für ihr Asylgesuch haben.

Nach dem ersten Interview kann es Wochen oder Monate dauern bis die Asylsuchenden erfahren, ob sie bleiben dürfen. Meistens treten sie während dieser Zeit mit uns in Kontakt. Von uns erfahren sie durch verschiedene Organisationen wie das Rote Kreuz, Amnesty International (AI), Pink Cross, Asyl Notrufe oder andere. Wir betreiben keine aktive Werbung für unsere Gruppe. Da wir zu 100% aus Freiwilligen bestehen, haben wir nicht die Kapazität, so viele Personen zu betreuen, wie wir gerne würden. Dennoch haben wir in den acht Jahren, seit Focus Refugees (FR) gegründet wurde, über dreissig Asylsuchende (AS) betreut.

Die Organisationen kontaktieren eine der zwei Koordinatorinnen von FR. Diese führen meist ein längeres Telefongespräch mit dem/der AS, um ihre/seine Vorstellungen und Wünsche bezüglich der Betreuung zu erfahren. Danach suchen sie zwei BetreuerInnen, die freie Kapazitäten haben und organisieren ein erstes Treffen mit dem/der AS, den zwei Betreuerinnen sowie einer der zwei Koordinatorinnen von FR.

Während dieses ersten Treffens zeigen wir dem AS was wir von FR anbieten können und was nicht. Wir erklären, dass wir eine Untergruppe von Queeramnesty (QAI) sind, die wiederum eine Untergruppe von Amnesty International (AI) ist und wofür AI und QAI stehen. Die Betreuer_innen informieren darüber, dass sie als Ehrenamtliche arbeiten und dass alles, was diskutiert wird, in der Gruppe FR bleibt. Wir stellen klar, dass wir nicht mit der Polizei, für das Bundesamt für Migration oder für andere Asylorganisationen arbeiten. Wir betonen dem/der AS gegenüber, dass wir keinen Einfluss auf den Aufnahmeprozess haben.



Podiumsdiskussion im Rahmen der Pride Week beim diesjährigen Hamburger CSD.

V.l.n.r. Axel Hochrein, Hirschfeld-Eddy Stiftung; Evan Romero-Castillo, Venezuela; Elisa Zenck, Indien; Sephehr Bruederlin, Iran; Wanja Kilber, Russland

Was wir anbieten können ist soziale Unterstützung, sowie das Vernetzen mit anderen Institutionen, kostenlosen Rechtsberatungsstellen, LGBTI-freundlichen Ärzt_innen, PsychologInnen oder anderen LGBTI-Organisationen (auch im Ausland). Wir können die AS über die grundlegende Rechtssituation in der Schweiz aufklären. Zudem können wir helfen, ein Dossier für die rechtliche Vertretung herzustellen und sie, falls nötig, für ein Gutachten zur LGBTI-Situation im Heimatland mit AI vernetzen. Daneben bieten wir den AS Begleitung zu den Behörden an.

Das Wichtigste jedoch ist die soziale Vernetzung. Wir hören ihnen zu und unterstützen sie – falls nötig und von ihnen gewünscht – bei ihrem Coming-Out, indem wir sie zum Beispiel zu Treffpunkten von LGBTI-Personen begleiten, ihnen helfen, Kontakte zu knüpfen und behalten regelmässigen Kontakt per Telefon oder E-Mail zu ihnen. Allerdings können wir keine juristische Unterstützung, Arbeit, Wohnungen, einen Ort zum Schlafen oder finanzielle Hilfe anbieten. Nach dem ersten Treffen wissen wir was der/die AS von uns erwartet. Betreuer_innen und AS klären miteinander die nächsten Schritte und stimmen ab, welche Kontakte wer mit wem und wann in welcher Art und Weise herstellt. Danach folgen regelmässige Treffen mit den BetreuerInnen, falls der/die AS dies wünscht.

Am 26.8.2012 fand im Berliner Sonntags-Club eine Podiumsdiskussion zur Situation von LGBT in der Türkei statt. *Queeramnesty* hatte hierfür die Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin Eren Keskin und die Trans*-Aktivistin Ebru Kiranci als Gäste eingeladen. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Berliner DJane und Aktivistin İpek İpekçioğlu. Anlass war die internationale Kampagne „Weder Krankheit noch Verbrechen“ von Amnesty International, die die Situation von LGBT in der Türkei thematisierte. Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch das Projekt „Trans X Turkey“ (www.transxturkey.com) von Maria Binder vorgestellt, bei dem der Alltag von Trans* in der Türkei dokumentiert wird, um das Bewusstsein gegenüber Menschenrechtsverletzungen an dieser Gruppe zu fördern.

„Mein Name ist Ebru Kiranci, ich bin Prostituierte und wurde mehrere Male niedergestochen“. So begann die Trans*-Aktivistin Ebru Kiranci ihre Schilderungen. Vor allem Trans* sind aufgrund ihres oft auffälligen Äußeren von Schikanen durch die Polizei oder Angriffen von Passanten und Freiern betroffen. Viele Trans*-Frauen haben außer der Prostitution keine anderen legalen Arbeitsmöglichkeiten und werden immer wieder Opfer von Gewalt oder Hassmorden. Kiranci berichtete von zwei Freundinnen, denen im letzten Monat die Kehle durchgeschnitten wurde. Die Zahl der ermordeten Trans* innerhalb der letzten zwei Jahre beträgt laut Kiranci 49 Menschen. Oft kann das Strafmaß für Mord durch die Rechtfertigung des Täters, in seiner Ehre verletzt worden zu sein, erheblich reduziert werden. Ebru Kiranci schilderte die Atmosphäre des Hasses gegen LGBT durch diskriminierende und verachtende Aussagen von Politiker_innen.

„Wer in der Türkei nicht dem patriarchalischen Gesellschaftsmodell entspricht, muss Schikanen und Gewalt über sich ergehen lassen“, so Eren Keskin. Die Menschenrechtsaktivistin betreut seit zwei Jahren ein Rechtshilfebüro, das von *Queeramnesty* und der AI-Türkeigruppe finanziert wird. Seit 2009 kommt es vermehrt zu Verhaftungen von Trans*-Frauen in Istanbul, in deren Rahmen hohe Geldbußen wegen angeblicher Verletzung der öffentlichen Ordnung verhängt wurden. In enger Zusammenarbeit mit dem Verein „Istanbul LGTT“, in dem Ebru Kiranci tätig ist, hilft Eren Keskin die Menschenrechte der zu Unrecht aufgegriffenen und verhafteten Trans*-Frauen zu verteidigen.

Zu der Veranstaltung im Sonntags-Club kamen ungefähr 100 Menschen. Solange die Schutzbestimmungen gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität nicht ausgedehnt und Menschenrechtsverletzungen durch Staatsbedienstete nicht unterbunden werden, ist es wichtig, eine breite und internationale Öffentlichkeit für die Belange von LGBT in der Türkei zu finden.

PROUDLY AFRICAN & TRANSGENDER

Die Ausstellung der Künstlerin *Gabrielle LeRoux* wurde am 5. Juni 2012 im Schweriner Stadthaus von der Oberbürgermeisterin Angelika Grambkow, der Vize-Landtagspräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Silke Gajek MdL, und Sascha Priebe, Vertreter der ai-Gruppe Schwerin, eröffnet.

Die Bilder, die auch in Berlin, Hamburg, München und Wien zu sehen waren, begleiteten die diesjährige Schweriner Kulturwoche zum Christopher Street Day (CSD).

Die Vorsitzenden des CSD-Vereins und des Klubs Einblick e.V. (schwul-lesbisches Kommunikationszentrum) sowie die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt waren bei der Eröffnung anwesend. Die Ausstellung war darauf ausgerichtet, Berührungspunkte abzubauen, sagte der Schweriner ai-Sprecher Sascha Priebe. Homophobie und Transphobie sind in vielen Ländern verbreitet, und die Schweriner ai-Gruppe hat mit der Ausstellung ein Zeichen gegen Diskriminierung gesetzt.

Die Bilder wurden im Schweriner Stadthaus ausgestellt. Das reichlich vorhandene Informationsmaterial von *Queeramnesty* fand interessierte Abnehmer. Die ai-Gruppe Schwerin hat sich auch mit einem Informationsstand und Urgent Actions an dem Straßenfest des Christopher Street Days beteiligt. Viele Bürger haben die Petitionen unterzeichnet.

Sascha Priebe, ai-Schwerin



AI-Sprecher Sascha Priebe erklärt der Vize-Landtagspräsidentin Silke Gajek die Geschichte und Herkunft der Bilder von Gabrielle LeRoux. Im Vordergrund die Oberbürgermeisterin der Stadt Schwerin, Angelika Grambkow.

HOMOPHOBIE IN AFRIKA

Queeramnesty veranstaltete im September gemeinsam mit INISA (Initiative Südliches Afrika) und der Heinrich-Böll-Stiftung eine Diskussionsveranstaltung über die Ursachen und den Umgang mit Homophobie in Uganda und Südafrika. Circa 50 Interessierte kamen im mhc (Magnus Hirschfeld Centrum) in Hamburg zusammen. Es sprachen die Ethnologin Dr. Rita Schäfer, die selbst immer wieder lange Zeit in verschiedenen Ländern Afrikas gelebt und geforscht hat und die Afrikanistin Eva Range als Vertreterin von INISA. Eva Range ist außerdem aktives Mitglied bei *Queeramnesty* Berlin.

In den meisten Ländern Afrikas werden Menschen, die sich LGBTI zugehörig fühlen, kriminalisiert und staatlich verfolgt. Selbst dort, wo eine Gleichstellung der sexuellen Orientierungen rechtlich verankert ist, wie in Südafrika, werden die Betroffenen häufig diskriminiert und Opfer von Gewaltverbrechen.

Eva Range stellte die Strategien, Schwierigkeiten und Erfolge der Kampagnenarbeit südafrikanischer Aktivist_innen gegen Hassverbrechen an sexuellen Minderheiten in Südafrika vor. Im Vordergrund stand dabei die Triple-Seven-Kampagne, die von mehreren



Links: Dr. Rita Schäfer, Ethnologin, Mitte: Eva Range, Afrikanistin, Rechts: Jörn Dobert, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e. V.

Menschenrechtsgruppen gemeinsam gegründet wurde. Auslöser dafür war die brutale Ermordung zweier lesbischer Frauenrechtsaktivistinnen in Südafrika am 07.07.2007.

Dr. Rita Schäfer forscht seit über zehn Jahren in verschiedenen Ländern Afrikas zu örtlichen Frauenorganisationen und ländlicher Entwicklung. In Ihrem Vortrag stellte sie verschiedene gesellschaftspolitische Ursachen für Homophobie am Beispiel Ugandas dar, die sie im Rahmen ihrer Studien als bedeutungsvoll identifizieren konnte.

Da queere Menschenrechtsarbeit in Uganda zunehmend kriminalisiert wird, präsentierte *Queeramnesty* außerdem im Oktober den Film „Call Me Kuchu“ bei den Lesbisch Schwulen Filmtagen Hamburg. Der Film wurde auf vielen Festivals ausgezeichnet und darf jetzt schon als eine der wichtigsten queeren Dokumentationen dieses Jahrzehnts bezeichnet werden. Amnesty International hat, wie auch andere Organisationen, mit zahlreichen Aktionen dazu beigetragen, dass die Todesstrafe für LGBTI in Uganda bisher verhindert wurde.

Seit zwei Jahren hat die Themenkoordinationsgruppe 2918 – früher MERSI, jetzt **QUEERAMNESTY** – ein neues Postfach. Da diese neue Postadresse einigen unserer Mitglieder und Unterstützer_innen noch nicht bekannt ist, hier die Adresse:
QUEERAMNESTY (2918) | POSTFACH 62 04 61 | 10794 BERLIN

IMPRESSUM

POSTANSCHRIFT

QUEERAMNESTY Themenkoordinationsgruppe
 Amnesty International e.V.
 Postfach 62 04 61 | 10794 Berlin

GRUPPENSPRECHER:

Rupert Haag, 030-7829440, info@queeramnesty.de

SPENDENKONTO:

Amnesty International, Stichwort: "Gruppe 2918"
 Bank für Sozialwirtschaft Köln,
 Nr. 80 90 100, BLZ 370 205 00

IN KOOPERATION MIT

Amnesty International, Schweizer Sektion,
 Gruppe Queeramnesty
 Spendenkonto: Postkonto 82-645780-9

Netzwerk LGBT-Rechte, Amnesty International Österreich
 Spendenkonto: AI Österreich
 PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck:
 Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion: Colin de la Motte-Sherman (V.i.S.d.P.)
 Layout: Claudia Becker
 Druck: DRUCKSTUDIO, Werbeagentur der Druckhaus
 Frankfurt GmbH,
 Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt
 Auflage: 4.500

BEZIRKSGRUPPE BERLIN:

Stephan Cooper | 0179 - 679 36 78
 berlin@queeramnesty.de
 www.queeramnesty-berlin.de

BEZIRKSGRUPPE HAMBURG:

Ben Reichel | 040 - 609 420 58
 hamburg@queeramnesty.de
 www.queeramnesty-hamburg.de

BEZIRKSGRUPPE KÖLN:

BEZIRKSGRUPPE 1271
 Ludgera Reckmann

BEZIRKSGRUPPE FRANKFURT/M.:

Kerstin Strieder | 01573 - 86 909 33
 frankfurt@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE MÜNCHEN:

Flu Bäurle | 0176 - 77 51 73 01
 muenchen@queeramnesty.de

BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG:

Paul-Friedrich Walter
 queeramnesty.leipzig@gmx.de
 Tel.: 0176 - 2068 1076

ÖSTERREICH

A-WIEN

Netzwerk LGBT-Rechte Österreich | Moeringgasse
 10 | 1150 Wien
 Tel: 0043 1 7 80 08 | Fax: 0043 1 7 80 08 44
 queer@amnesty.at | www.queeramnesty.at

SCHWEIZ

CH-ZÜRICH

Queeramnesty | Postfach 1308 | CH-8048 Zürich
 Kontakt: Tobias Simon Mäder
 0041 79 373 91 99
 tobias@queeramnesty.ch | www.queeramnesty.ch

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder.